



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Finanzamt Hamburg-Nord

Finanzamt Hamburg-Nord Postfach 60 07 07 D-22207 Hamburg

Borsteler Chaussee 45  
D-22453 Hamburg

HamburgService: 040 115  
Durchwahl: 040 42806-463  
Telefax: 040 4279 - 58001

Stiehler - Vietzen -  
Kaiser-Wilhelm-Straße 93  
20355 Hamburg

Stiehler - Vietzen - Nolte - Burgmann	
Bearb. <u>pr</u>	am. <u>25.03.22</u>
FKB-Nr.:	
Eingang: <b>15. MRZ. 2022</b>	
geprüft:	<input type="radio"/> Einspruch eingelegt
<input checked="" type="checkbox"/> In Ordnung	

Bearbeiterin: Frau Balfanz  
Zimmer: 010  
E-Mail: FAHamburgNord@finanzamt.hamburg.de

Bei Antwort bitte angeben  
Aktenzeichen: 17 / 400 / 03832  
ID-Nummer:  
Hamburg, den 14.03.2022

### Freistellungsbescheid

#### zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer

#### für die Kalenderjahre 2018, 2019 und 2020

#### Umfang der Steuerbegünstigung

Die Körperschaft BILD hilft e.V. c/o Axel Springer AG Steuerabteilung, Axel-Springer-Platz 1, 20350 Hamburg ist

nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer

befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Die Rechtsbehelfsbelehrung bezieht sich nur auf die vorstehende Freistellung.

#### Hinweise zur Steuerbegünstigung

Die Körperschaft fördert

**mildtätige Zwecke.**

folgende gemeinnützige Zwecke:

**öffentliches Gesundheitswesen und öffentliche Gesundheitspflege, Jugendhilfe, Kunst und Kultur, Verkehrserziehung, Umweltschutz und Unfallverhütung**  
(§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr.(n) 3, 4, 5, 7, 8 und 12 AO AO).

#### Hinweise zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen

**Zuwendungsbestätigungen für Spenden**

#### Öffnungszeiten

Informations- und Annahmestelle:  
Mo 8-14, Di 7-14, Do 8-17 Uhr

#### Öffentliche Verkehrsmittel

U-Bahn: U 1 (Lattenkamp)  
Bus: 114 (Rosenbrook)

#### Konto der Steuerkasse Hamburg

Deutsche Bundesbank  
Hauptverwaltung Hamburg  
IBAN: DE03 2000 0000 0020 0015 30  
BIC: MARKDEF1200  
Zahlungen nur durch Überweisung!

#### Telefonzeiten:

Mo, Mi, Fr 8-12, Di, Do 8-15 Uhr

Die Körperschaft ist berechtigt, für Spenden, die ihr zur Verwendung für diese Zwecke zugewendet werden, Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen.

Die amtlichen Muster für die Ausstellung steuerlicher Zuwendungsbestätigungen stehen im Internet unter <http://www.formulare-bfinv.de> als ausfüllbare Formulare zur Verfügung.

#### **Zuwendungsbestätigungen für Mitgliedsbeiträge**

Die Körperschaft ist berechtigt, für Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen.

Zuwendungsbestätigungen für Spenden und Mitgliedsbeiträge dürfen nur ausgestellt werden, wenn das Datum dieses Freistellungsbescheides nicht länger als fünf Jahre zurückliegt. Die Frist ist taggenau zu berechnen (§ 63 Abs. 5 AO).

### **Haftung bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen und fehlverwendeten Zuwendungen**

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung ausstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer. Dabei wird die entgangene Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer mit 30 %, die entgangene Gewerbesteuer pauschal mit 15 % der Zuwendung angesetzt (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

### **Hinweis zum Kapitalertragsteuerabzug**

Bei Kapitalerträgen, die bis zum 31.12.2025 zufließen, reicht für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug nach § 44a Abs. 4 und 7 Satz 1 Nr. 1 sowie Abs. 4b Satz 1 Nr. 3 und Abs. 10 Satz 1 Nr. 3 EStG die Vorlage dieses Bescheids oder die Überlassung einer amtlich beglaubigten Kopie dieses Bescheids aus. Das Gleiche gilt bis zum o.g. Zeitpunkt für die Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 44b Abs. 6 Satz 1 Nr. 3 EStG durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut.

### **Anmerkungen**

Bitte beachten Sie, dass die Inanspruchnahme der Steuerbefreiungen auch in Zukunft von der tatsächlichen Geschäftsführung abhängt, die der Nachprüfung durch das Finanzamt – ggf. im Rahmen einer Außenprüfung – unterliegt. Die tatsächliche Geschäftsführung muss auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sein und die Bestimmungen der Satzung beachten.

Dies muss auch künftig durch ordnungsmäßige Aufzeichnungen (Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Tätigkeitsbericht, Vermögensübersicht mit Nachweisen über Bildung und Entwicklung der Rücklagen) nachgewiesen werden (§ 63 AO).

## Begründung und Nebenbestimmungen

Reichen Sie bitte bis zum **31. Juli 2024** eine Körperschaftsteuererklärung mit der Anlage "Gemeinnützigkeit" für das Jahr 2023 ein. Grundsätzlich ist diese gem. § 150 Abs. 6 Abgabenordnung (AO) i. V. m. § 31 Abs. 1a KStG in elektronischer Form zu übermitteln. Hierzu ist eine Registrierung im elster-Portal der Finanzverwaltung nötig. Informationen hierzu erhalten Sie im Internet unter [www.elster.de](http://www.elster.de).

Die darüber hinaus einzureichenden Unterlagen (Gewinnermittlungen, Tätigkeitsberichte, Mittelverwendungsrechnungen und Darstellung der Rücklagen) für den Überprüfungszeitraum 2021 - 2023 reichen Sie bitte weiterhin zeitgleich in Papierform ein.

Fügen Sie bitte die Protokolle der Mitgliederversammlungen und für 2023 eine Aufstellung, an wen die eingekommenen Spenden weitergeleitet worden sind (entsprechend der Aufstellung, die für 2020 eingereicht worden ist), bei.

## Rechtsbehelfsbelehrung

Die in diesem Bescheid enthaltenen Verwaltungsakte können mit dem Einspruch angefochten werden. Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist für die Einlegung des Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Bei Zustellung mit Zustellungsurkunde oder mittels Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekanntnis ist Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung.

Bei Einlegung des Einspruchs soll der Verwaltungsakt bezeichnet werden, gegen den sich der Einspruch richtet. Es soll angegeben werden, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten wird. Ferner sollen die Tatsachen, die zur Begründung dienen, und die Beweismittel angeführt werden.

## Datenschutzhinweis

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter [www.finanzamt.de](http://www.finanzamt.de) (unter der Rubrik „Datenschutz“) oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

**Abkürzungen:** AO = Abgabenordnung, BStBl = Bundessteuerblatt, EStG = Einkommensteuergesetz, EStDV = Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, GewStG = Gewerbesteuergesetz, KStG = Körperschaftsteuergesetz

